

# Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER  
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

März 1954

**ÖVP-Kameradschaft erhebt schärfsten Protest:**

## Canavals „Salzburger Nachrichten“ schmähen Freiheitshelden!

Man hat so manches in den Jahren seit 1945 an Demütigung und Diffamierung der Freiheitskämpfer erlebt. Was sich aber die „Salzburger Nachrichten“ am Dienstag, den 16. März geleistet haben, ist einmalig. In einer Glosse unter dem Titel „Vorsicht“ wird über ein in Salzburg zu errichtendes Denkmal berichtet, dessen Initiatoren uns nicht bekannt sind, wobei sich der Schreiber zu folgender Äußerung versteigt:

„Auf dem mehr oder weniger entwürfsbedeckten Arbeitsfischen entstanden sie dann, die Ideogramme des Gedankens für jene Toten, denen der Normalbürger gar nicht oder bestenfalls ungerne einen ehrenvollen Tod zubilligt.“

Kann man diese brutale Diffamierung des Heldentodes tausender unbekannter KZler und politisch Verfolgter überhaupt begreifen? Welche Unsamme von Haß, aber auch Charakter- und Würdelosigkeit drücken sie aus!

Man wird kaum in der Lage sein, hier die rechten Worte zu finden, so ungreifbar ist diese Beschimpfung.

Wahl noch unverständlicher und unfahrbarer wird allerdings die Angelegenheit, wenn man weiß, daß der Herausgeber und Chefredakteur dieser Zeitung

kein Geringerer als der KZler Doktor Gustav Canaval ist.

Er ist der Verantwortliche für diese Äußerung. Ihm muß der Abscheu aller anständigen, ehrlichen und charaktervollen Menschen treffen — ganz gleich, ob sie selbst unter einer politischen Verfolgung zu leiden hatten oder nicht!

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten hat sich seit eh und je um die Befriedung bemüht und die endliche Klärung der NS-Frage gefordert. Allerdings verachten wir das Bemühen des Herrn Canaval, mit dieser Frage ein Geschäft zu machen und einem Leserkreis, der, wie wir glauben, das gar nicht verlangt, mit solchen Äußerungen zu imponieren.

Weit über den Kreis der ehemals politischen Verfolgten hat dieser Zynismus Empörung ausgelöst. Wir geben dieser Meinung Ausdruck und werden dafür sorgen, daß Herr Canaval, der als Träger einer Amtsbescheinigung nach dem Opferfürsorgegesetz auch alle Vorteile eines politisch Verfolgten genießt, als der hingestellt wird, der er wirklich ist, ein Geschäftemacher, der den Ehrentitel eines „Kameraden“ für immer verlor hat. Wir hoffen, daß auch die anständigen, auf Standeshoch Gewicht legenden

Vertreter der demokratischen Journalisten Österreichs, unter denen sich zahlreiche bewußte Kämpfer befinden, mit diesem irrtümlich politisch Verfolgten sich befassen werden. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten wird aus diesem Verhalten des Herrn Canaval die Konsequenzen ziehen und ihm überall begegnen, wo er glaubt, den Freiheitskampf in den Kot zerren zu können.

Wir fordern daher Herrn Dr. Canaval auf, nach seiner so eindeutigen Distanzierung von den Opfern nun auch den nächsten Schritt zu tun, seine Amtsbescheinigung zurückzulegen und auf die Vorteile des Opferfürsorgegesetzes zu verzichten, die er heute gemeinsam mit den Hinterbliebenen der von seiner Zeitung so herabgesetzten und beleidigten Opfer genießt. Leider bietet das Gesetz keine Handhabe dazu, ihm von Amts wegen diesen Schritt abzunehmen.

Trotz allem,

Kameradinnen und Kameraden! angesichts solchen Verhaltens eines KZlers schließen wir uns noch enger zusammen, stärken wir die Reihen der Freiheitskämpfer und erfüllen wir unbehindert solcher Vorkommnisse unsere Pflicht für unser liebes Vaterland Österreich!

# Unser verhindertes „Führer“

Der salzburger Bekannte und auch dem Völk zu schlechte und daher von ihm hinausgeworfene Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Fritz Stüber begann sich Freitag nach Salzburg, um im Großsaal „Sternbräu“ (wer erinnert sich nicht unwillkürlich an München anno 1922 und sein „Bürgerbräu“), seinem großen Vorbild Adolf I. nachzueifern, eine „G.-B.“ Rede zu halten. In den Spuren seines geliebten Führers verdammt er die Systempolitiker, die er für alles, was seit 1916 „falsch“ gemacht wurde (nach Stüber ist ja alles falsch gemacht worden), verantwortlich machte. Er sprach von „System-Demokratie“ und „Zwergstaat“ und ließ sich zum Schluß — wahrscheinlich als Adolf II. fühlend — den Badenweilermarsch vorspielen, jenen Marsch, der während des Dritten Reiches nur zum Empfang Hitlers intoniert werden durfte.

Man kann über Adolf Hitler verschiedener Meinung sein, eines aber steht fest, er war immerhin 12 Jahre Republikant einer Großmacht, verhandelte mit den Großen dieser Erde, konnte militärische Erfolge für sich buchen und geht so oder so in die Geschichte ein. Daß sich aber ein Herr Stüber erdreiste, im Abzuge eines letzten Endes doch versagenden Staatmannes sich zu messen, ist wohl der Gipfel aller Geschmacklosigkeiten. Aber wir wollen ihn für diese Blödsen-

ten nicht verantwortlich machen, weil man einen Menschen wegen Geburtsfehler nicht haftbar machen kann. Verantwortlich machen wir diesen Herrn Stüber aber für seine Frechheiten. Wer gestattet ihm, als Abgeordneter (allerdings bereits ohne Wähler) und als solcher von der Republik bezahlt, von derselben als Zwergstaat zu sprechen? Wer erlaubt ihm, von einer „System-Demokratie“ zu reden, während er seine demokratischen Rechte reichlichst überspannt?

Glaubt dieser Herr Stüber, daß der Steuerzahler auf die Dauer gewillt ist zuzusehen, daß mit seinen Steuergroschen solche Abgeordnete ein für sich ruhiges, aber gegen den Staat und seine Unabhängigkeit bedenkendes Leben führen können? Es ist hoch an der Zeit, daß sich auch die zuständigen Stellen mit solchen fragwürdigen Persönlichkeiten befassen — und zwar bald, bevor zur Selbsthilfe gegriffen wird.

Hans Leinkauf

## Noch einen Hieb

gegen das österreichische Volk versuchen die Pressenachrichten der „Israelitischen Kultusgemeinde“ zu führen, indem sie in einer Aussendung davon sprechen, daß „für die Verfolgung der Juden in Österreich ein Teil des österreichischen Volkes mitverantwortlich ist“. Demgegenüber müssen wir doch mit aller Deutlichkeit feststellen, daß die Ausschreitungen gegenüber Juden kaum von einem Teil des Volkes gewollt wurden, da man die wesigen Außenseiter keineswegs als solchen bezeichnen kann. Im übrigen hatte das österreichische Volk überhaupt keinen Einfluß auf die so bitter empfundenen Verfolgungen von Juden, genau so wenig wie es an der Verfolgung zehntausender nichtjüdischer Österreicher, die aller-

dings nicht wegen ihrer Abstammung, sondern ihres aktiven Einsatzes für Österreichs Freiheit geopfert haben, keine Schuld trägt.

Im übrigen sei offen festgestellt, daß an dem Abwehrkampf des österreichi-

### Auch das „Neue Österreich“

widmete einen Leitartikel dieser Angelegenheit und schließt mit folgenden Worten:

Wir werden trotzdem unsere Schlacht bei den Thermopylen nicht verlieren. Wir haben allen Grund, anzunehmen; daß auch die russische Besatzungsmacht das Gewicht der verschiedenen politischen Kräfte in Österreich richtig einzuschätzen weiß. Die petinlichen Entgleisungen von Einzelgängern können unsere Freiheitsoffensive, die von einem geschlossenen Volkswillen befeuert wird, zwar stören aber nicht aufhalten. Ehre den mutigen Freiheitkämpfern!

F. K. \*

Signatur, Herausgeber und Verleger: ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und „Bund österreichischer Freiheitkämpfer“, Redaktion und verantwortliche Frau: Käthe, Alte Wien I, Finkstraße 4. — Verwaltung und Anstaltung: Wien VIII, Laubengasse 26. — Druck: Typographische Anstalt, Wien VIII, Hainburggasse 2.

## Der Freiheitskampf

*ist noch lange nicht zu Ende. Die angeordnete Beschlagnahme eines ÖVP-Plakates durch die Russen in Niederösterreich und Burgenland, der hinterhältige Angriff der „Salzburger Nachrichten“ und die „nationale“ Kundgebung Stübers beweisen uns, daß wir nach wie vor auf der Hut sein müssen. Gegner von links und rechts bedrohen Österreichs Freiheit. In dieser Situation steht die ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten geschlossen und unerbittlich im Abwehrkampf, freu ihren Grundsätzen für Österreichs freie Zukunft!*

Zu dem Artikel „Vorsicht“, in den Salzburger Nachrichten vom 14.3.1954, hat die Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung Stellung genommen und folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt: „Die Opferfürsorgekommission protestiert scharfsten gegen diese unerhörte Herabsetzung der Taten und wird alles daransetzen, daß für diesen Artikel Verantwortlichen auch zur Verantwortung gezogen werden. Die Opferfürsorgekommission stellt das Ersuchen, daß die Angelegenheit von Amts wegen der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung und Anzeige gebracht wird.“